



Pressemitteilung

10. Mai 2018

Polizeipräsenz & gesellschaftliche Reformen statt Kameraüberwachung

Die Piratenpartei blickt sehr besorgt auf die Ankündigung der Regierung, weitere Kameras in Luxemburg-Stadt aufstellen zu wollen. Die Piraten sprechen sich gegen diese Massenüberwachung unbescholtener Bürger aus.

"Ein vorgegaukeltes Sicherheitsgefühl durch Kameras lehnen wir ab", so Sven Clement, Spitzenkandidat Zentrum und Parteipräsident, **"Eine Offenlegung der Statistiken über Kriminalitätsraten pro Wohnviertel würde zeigen, dass Kriminalität durch VISUPOL nur verlagert, jedoch nicht verhindert wird."**

Kameraüberwachung verhindert nicht die Kriminalität, sondern verletzt die Privatsphäre unserer Bürger. Die Regierung versucht hier ohne handfeste Belege diese Verletzung der Bürgerrechte auszubauen. Die Piraten dagegen fordern eine erhöhte Polizeipräsenz in Luxemburg-Stadt, um mehr Sicherheit zu gewährleisten. Des Weiteren soll der Polizeiminister endlich eine transparente Kriminalitätsstatistik veröffentlichen, so dass auch Aussenstehende seine unbelegten Aussagen überprüfen können!

"Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre ein weiterer Schritt um Kriminalität zu bekämpfen. Wenn die Grundbedürfnisse der Menschen gesichert sind, würden diese nicht zu Beschaffungskriminalität verleitet. Die Entkriminalisierung von Cannabis wäre ein weiterer Schritt. Die Polizei würde dadurch Mittel und Effektivität sparen, die zur Prävention oder Aufklärung echter Kriminalität genutzt werden könnten", so Lucie Kunakova, Kandidatin der Piraten im Zentrum und Präsidentin Bezirk Zentrum.

www.piraten.lu

#lëtzebuerg2018